

## **Wahlprüfsteine – junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft**

### **1. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei den Zugang zu Land für bäuerliche Betriebe ermöglichen möchte.**

Land lässt sich nicht vermehren, deshalb ist der Zugang zu Land natürlicherweise begrenzt. Staatliche Eingriffe in den Bodenmarkt wären aus unserer Sicht erst dann gerechtfertigt, wenn es empirisch evidente Anzeichen für Marktmacht einzelner Marktteilnehmer geben würde. Begriffe wie „Preismissbrauch“, „marktbeherrschende Stellung“, „ungesunde Bodenverteilung“ sowie „breite Streuung des Bodeneigentums“ werden in der politischen Diskussion zwar oft verwendet, aber nur selten definiert oder begründet. Wir wollen nicht, dass staatliche Institutionen versuchen auf Basis ideologischer Vorstellungen Entscheidungen über den Zugang Boden zu treffen, anstelle von Unternehmen auf der Grundlage von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen.

### **2. Hat Ihre Partei vor, die Flächen der HLG (Hessischen Landesgesellschaft) nach Gemeinwohlkriterien zu verpachten? Plant Ihre Partei dafür den Kriterienkatalog der AbL umzusetzen?**

Aus unserer Sicht muss die Vergabe von Flächen der HLG in erster Linie vollständig transparent erfolgen. Dazu kann es sinnvoll sein, einen Kriterienkatalog mit Punktesystem zu nutzen. Relevante Kriterien könnten dabei beispielsweise ökonomische Kriterien wie die Betriebsgröße, aber auch die Frage, ob eine Hofnachfolge gesichert ist, sein. Auch eine besondere Berücksichtigung von Junglandwirten sowie die regionale Verankerung des Pächters wären wünschenswert. Wir wollen allerdings nicht über den Pachtvertrag in die Bewirtschaftungsform des Pächters (ökologisch oder konventionell), in Fruchtfolgen oder die Anzahl der gehaltenen Tiere eingreifen. Landwirte können grundsätzlich selbst am besten einschätzen, für welche Produkte eine entsprechende Nachfrage besteht. Den Ausschluss gewerblicher Tierhaltung und von Gentechnik über die Vergabe lehnen wir ab.

### **3. Wird Ihre Partei ein Gesetz/Verordnung zur Netto-Null-Bodenversiegelung verabschieden? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese umsetzen?**

Wir räumen dem Schutz des Bodens eine hohe Priorität ein. Wir wollen den Totalverlust an wertvollen Böden durch Bebauung und Versiegelung reduzieren. Wir wollen dazu den Ländlichen Raum attraktiver gestalten, um die Wanderungsbewegung in die Ballungsräume zum Stillstand zu bringen. Im Sinne einer hohen Flächeneffizienz werden wir die Mehrfachnutzung von Flächen (mehrere Nutzungen übereinander) forcieren. Bebauung von Freiflächen geht immer einher mit Kompensationsmaßnahmen. Dadurch wird der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen noch vergrößert. Wir wollen Anreize dafür setzen, dass Kompensationsmaßnahmen verstärkt im Objekt selbst umgesetzt werden. In der vertikalen Landwirtschaft steckt großes Potential. Wir werden die Forschung hierzu verstärken und Pilotprojekte anstoßen.

### **4. Plant Ihre Partei mit einem Agrarstrukturgesetz die Spekulationen um Land einzuschränken?**

Nein. Wir wollen die landwirtschaftlichen Unternehmen Hessens und ihre gewachsenen Strukturen nicht durch weitere Gesetzgebung in ihren Entwicklungsmöglichkeiten einschränken.

### **5. Wie will Ihre Partei die Ausbildungsberufe in der Landwirtschaft attraktiver machen?**

Um die Ausbildungsberufe in der Landwirtschaft attraktiver zu machen, muss der Beruf des Landwirts insgesamt wieder attraktiver werden. Das gelingt nur, wenn die Politik wieder dazu übergeht, der Landwirtschaft Wertschätzung statt ständiger Gängelung und Misstrauen entgegenzubringen. Die Landwirtschaft in Deutschland produziert qualitativ hochwertige Lebensmittel zu den weltweit höchsten Standards. Das gilt für den Pflanzenbau und für die Tierhaltung gleichermaßen. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft eine der innovativsten und digitalsten Branchen. Die Landespolitik muss deutlich machen, dass unternehmerische Landwirtschaft in Hessen Zukunft hat und jederzeit politischen Rückhalt erfährt.

**6. Was sind die Pläne Ihrer Partei, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?**

Allgemein sehen wir 3 Säulen, mit denen dem Fachkräftemangel begegnet werden kann: Ausbildung/Weiterbildung, stille Reserven (Rentner, Teilzeitarbeit, Frauen) und Zuwanderung. Die Ampel-Koalition im Bund hat mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz den Start für eine geordnete Einwanderung in den Arbeitsmarkt gesetzt. Wir wollen wieder mehr junge Menschen für eine klassische Berufsausbildung begeistern. Dazu müssen Berufsschulen so modernisiert werden, dass sie in jeder Hinsicht mit Universitäten konkurrieren können. Abgesehen davon wollen wir, dass die Meisterausbildung - so wie der Master - kostenfrei wird.

**7. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um ausbildende Betriebe zu stärken/fördern?**

Es mangelt derzeit nicht an Betrieben, die Ausbildungsplätze anbieten, sondern an jungen Menschen, die sich für eine klassische Berufsausbildung interessieren. Um wieder mehr junge Menschen für eine Berufsausbildung zu begeistern, muss die berufliche Bildung insgesamt attraktiver werden. Dazu zählen der Erhalt von wohnortnahen Berufsschulangeboten, aber auch eine hochwertige Ausstattung der Berufsschulen, damit sie mit den Hochschulen konkurrieren können.

**8. Plant Ihre Partei ausbildende Betriebe finanziell zu unterstützen z.B. nach norwegischem Vorbild?**

Nein, eine gesonderte Förderung für ausbildende Betriebe halten wir im Sinne des sparsamen Umgangs mit Steuermitteln derzeit nicht für notwendig.

**9. Wie will Ihre Partei die Lehrpläne der Berufs- und Fachschulen in Bezug auf die Herausforderungen in der Klimakrise verändern?**

Wir gehen davon aus, dass es aufgrund des Klimawandels und einer ständigen Abnahme der für landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung stehenden Flächen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu einer nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft kommen wird. Diesem sich abzeichnenden Trend muss auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung Rechnung getragen werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Inhalte der landwirtschaftlichen Ausbildung stets den aktuellen Entwicklungen anzupassen, ohne allerdings grundlegende Kenntnisse wegfällen zu lassen.

**10. Plant Ihre Partei dazu die Einführung verpflichtender Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte?**

Um die Bereitschaft der Lehrkräfte an Fortbildungen teilzunehmen weiter zu steigern, sollen besondere Leistungsanreize im Dienstrecht geschaffen werden. Verpflichtende Fort- und Weiterbildungen lehnen wir ab.

**11. Plant Ihre Partei Ökoklassen in den Berufsschulen einzuführen?**

Die Einführung von Ökoklassen in der regulären Berufsausbildung zur Landwirtin/zum Landwirt wäre aus unserer Sicht nicht zielführend. Wir halten es für wichtig, die besten Methoden aus beiden Welten miteinander zu vereinen, damit gegenseitiges Lernen voneinander möglich wird.

**12. Plant Ihre Partei ein Mitentscheidungsrecht von Azubis an den Inhalten zukünftiger Lehrpläne?**

Nein, wir halten die bisherige Praxis für angemessen.

**13. Plant Ihre Partei eine Existenzgründungsprämie einzuführen? Wenn nein, warum nicht?**

Eine entsprechende Existenzgründungsprämie existiert in Form der Junglandwirte-Prämie bereits im Rahmen der GAP-Direktzahlungen. Sie ist ein wichtiger Anreiz sowohl für Existenzgründungen als auch für Hofübergaben. Laut Agrarstatistik hat jedoch nur ein Drittel der Betriebe einen Hofnachfolger/eine Hofnachfolgerin, ein weiteres Drittel möglicherweise (jedoch noch unsicher), ein Drittel wird den Betrieb

aufgeben. Wir setzen uns deshalb für verbesserte Beratungsangebote ein, um den Generationswechsel auf den Betrieben zu unterstützen.

**14. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, damit mehr Frauen landwirtschaftliche Betriebe leiten und besitzen?**

Aktuelle Studien zeigen, dass lediglich 11 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland von Frauen geleitet werden; bei der angestrebten Hofnachfolge liegt der Frauenanteil bei rund 18 %. Deutschland zählt damit zu den Schlusslichtern im europäischen Vergleich. Die Zahlen zeigen sehr eindrücklich, dass in der Landwirtschaft Zugangsbarrieren für Frauen bestehen. Solche Barrieren bestehen beispielsweise in veralteten Rollenbildern oder traditionellen Vererbungspraxen. Auch die vielerorts mangelnde soziale Infrastruktur in den ländlichen Regionen (fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, keine ausreichenden Schulbusverbindungen) können Frauen davon abhalten, die Leitung eines Betriebs mit dem Familienleben zu vereinen. Auf Landesebene existieren vielfältige Möglichkeiten, den Weg von Frauen von in die Leitung bzw. den Besitz von landwirtschaftlichen Betrieben zu unterstützen. Dazu zählt der Ausbau von Beratungsangeboten zur Existenzgründung sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur. Darüber hinaus wollen wir die Einführung eines spezifischen Förderprogramms für Frauen in der Landwirtschaft prüfen.

**15. Welche Pläne hat Ihre Partei, um Geschlechtergerechtigkeit in der Ausbildungsqualifizierung zu thematisieren?**

Frauen und Männer müssen gleiche Chancen in Bildung, Gesellschaft und Arbeitswelt haben - dazu zählt selbstverständlich auch die landwirtschaftliche Ausbildung. Beim Vorankommen durch eigene Leistung darf das Geschlecht keine Rolle spielen. Selbstverwirklichung muss für alle Menschen möglich sein. Die Realität sieht leider viel zu oft anders aus. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten.

**16. Mithilfe welcher Maßnahmen plant Ihre Partei, FLINTA\*Personen einen erleichterten Zugang zu Land und Kapital zu ermöglichen?**

Aus unserer Sicht gibt es keine rechtlichen Hürden, die FLINTA\*Personen am Zugang zu Land und Kapital hindern. Insofern sehen wir keinen landespolitischen Handlungsbedarf.